

Wirtschaftskorrespondenz

FÜR POLEN

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend. Bezugspreis in Polen 4 Złoty, im Ausland 2,00 Goldmark monatlich ausschließlich Bestellgeld, freibleibend.

Redaktion, Verlag und Administration Katowice, Warszawska 27
Telefon 168, 1998. Chefredakteur: Dr. Franz Goldstein, Katowice

Organ der

„Wirtschaftlichen Vereinigung
für Polnisch-Schlesien“

Anzeigenpreise nach festem Tarif. Bei jeder Beitreibung und bei Konkursen fällt jeglicher Rabatt fort.
Erfüllungsort: Katowice, Wojewodschaft Schlesien.
Bankverbindung: Diskontogesellschaft Katowice und Beuthen
P. K. O. Nr. 304238 Katowice

Durch höhere Gewalt, Aufruhr, Streiks und deren Folgen hervorgerufene Betriebsstörungen begründen keinen Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises oder Nachlieferung der Zeitung. Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

Jahrg. IV

Katowice, den 24. August 1927

Nr. 68

Verfehlte Steuerreform.

J. B. Das Finanzministerium arbeitet mehrere Gesetzentwürfe auf dem Steuergebiet aus, die im Steuerjahr 1928 in Kraft treten sollen.

An die erste Stelle ist der Entwurf eines Einkommensteuergesetzes zu setzen, der sich auf dem französischen System aufbaut.

Der Gesetzentwurf berücksichtigt eine Reihe von Bemerkungen, die in der Denkschrift des Prof. Kemmerer enthalten sind.

Der Entwurf sieht zwei Arten der Besteuerung der Einkommen aus den einzelnen Quellen gemäß einem bestimmten Satz, der für jede Kategorie des Einkommens festgesetzt wird, vor. Dem Entwurf nach wird die Steuerhauptlast auf die größeren Einkommen in der Weise übertragen, daß die Einkommen unter 1000 Złoty steuerfrei bleiben.

Diese Steuer würde in der Form von proportionalen Teilsteuern und einer progressiven (ergänzenden) Steuer, die das ganze Einkommen belastet, bei Einkommen, die 3000 Złoty übersteigen, erhoben werden und den Steuersatz von 15 Prozent erreichen.

Der Steuersatz von Einkommen aus verpachteten Grundstücken sowie allen Renten- und Mietzinsen soll 10 Prozent, von Einkommen aus Grundstücken und Unternehmen, die durch den Eigentümer unterhalten werden, 8 Prozent, von Einkommen aus freien, gewerbsmäßigen Beschäftigungen, Dienstbezügen usw. 6 Prozent und schließlich von Tantiemen 15 Prozent betragen.

Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung usw., m. a. Worten alle juristischen Personen, sollen ohne Rücksicht auf die Höhe der Steuer einem Steuersatz von 20 Prozent vom erzielten Einkommen unterliegen.

Der Gesetzentwurf sieht u. a. auch die völlige Beseitigung der bisherigen Schätzungscommission vor, unter gleichzeitiger Uebertragung des Veranlagungsrechts auf die Steuerbehörden I. Instanz, was das Amtsverfahren im hohen Maße erleichtern würde.

Der Entwurf führt weiter den Grundsatz ein, daß die bisher geltende Abgabe von Erklärungen nicht mehr obligatorisch sein soll. Ausgenommen sollen diejenigen Personen sein, die durch die Finanzbehörden zur Ablegung innerhalb einer bestimmten Frist aufgefordert werden.

Das Einkommen derjenigen Firmen, die keine Handelsbücher führen, soll auf Grund der Umsätze und der Normen des durchschnittlichen Einkommens festgesetzt werden.

Die Steuer soll in zwei Raten gezahlt werden, von denen die erste entsprechend der vorjährigen Veranlagung in Höhe der Hälfte des veranlagten Betrages bis zum 1. Mai des betreffenden Jahres, die zweite dagegen erst nach Empfang des Zahlungsbefehls zu zahlen sein soll.

Die Veranlagung der Einkommensteuer soll auf Grund des gesammelten Materials erfolgen.

An zweiter Stelle soll eine ständige Vermögenssteuer aus dem Grunde eingeführt werden, weil die beschlossene einmalige Vermögenssteuer in Höhe von 1 Milliarde Złoty bis zum Ende des Jahres 1926 nicht eingebracht werden konnte.

Aus diesem Grunde hat die Regierung, die es nicht zulassen wollte, daß im Staatsbudget eine Lücke entstehe, einen Entwurf betr. die Novellisierung der einmaligen Abgabe ausgearbeitet, der die Herabsetzung der ganzen Steuer von 1 Milliarde auf 407 Millionen Złoty und gleichzeitig deren Aufhebung vorsieht, sowie eine ständige Vermögenssteuer vom Jahre 1928 an einführt.

Diese Steuer soll von allen natürlichen und juristischen Personen, von nicht angetretenen Erbschaften, Aktien-Gesellschaften usw. erhoben werden.

Von der Vermögenssteuer sollen Wohnungsgenossenschaften, Obligationen und Pfandbriefe, Wohnungseinrichtungen bis zu einem Wert von 10 000 Złoty befreit sein, wenn das der Steuer unterliegende Vermögensmaximum im Betrage von über 6000 Złoty festgesetzt wurde.

Die Steuersätze sollen sehr niedrig sein und 4 Prozent vom reinen Wert des Vermögens betragen. Bei Vermögen bis 15 000 Złoty wird eine Degression in Höhe von 3 Prozent angewandt.

60 Millionen Dollar-Anleihe.

„Polish Economist“ schreibt:

„Als die polnische Regierung ihre Absicht, Schuldverschreibungen auszugeben, den amerikanischen Banken mitteilte, mußte sie auch ihre Wünsche dahin äußern, ob sie 10 Mill. oder den Höchstbetrag von 15 Millionen Dollars zu erhalten wünsche. Dieser Kredit soll ausschließlich zur Verstärkung der Zahlungsbilanzreserven des Staates oder der Bank Polski dienen.“

Der Termin für die Tilgung der Anleihe ist auf den 31. Dezember 1927 festgesetzt. Wenn Polen in der Zwischenzeit eine neue ausländische Regierungs- oder Staatsanleihe aufnehmen sollte, dann werden die Obligationen vor Ablauf dieser Frist zahlbar, und zwar aus den Einkünften der neuen Anleihe. Der eröffnete Kredit wird von der polnischen Regierung durch den Verkauf von Schatzscheinen an die amerikanische Gruppe nutzbar gemacht werden, und diese wird sie zum Nennwert unterbringen. Die Schatzscheine werden auf 500 Dollars lauten. Die Zinszahlung, 6% jährlich, läuft vom Ausgabebetrag bis zum Datum der Rückzahlung und wird monatlich erfolgen. Am Tage der Kreditöffnung wird die polnische Regierung ¼% Provision von der Summe, also von 10 bzw.

15 Millionen Dollars zahlen und später, von August bis Dezember, am ersten jeden Monats ¼%.

Unzweifelhaft ist der genannte kurzfristige Kredit eng mit dem Beschluß verbunden, der auf der Konferenz der Unterhändler der Emissionsbanken gefaßt wurde, wonach der Bank Polski ein Stabilisierungskredit in der Höhe von 20 Millionen Dollars eröffnet werden soll. Dieser Kredit wird gewährt werden, sobald die Stabilisierungsanleihe realisiert ist. Die holländische Emissionsbank wurde als Kommissionär für die Realisierung der Anleihe ausersehen, während die Kredite selbst von der Federal Reserve Bank und 15 europäischen Emissionsbanken übernommen werden sollen.

Die Verhandlungen über den Abschluß der 60-Millionen-Dollar-Anleihe sollen, wie der „Polish Economist“ in derselben Nummer berichtet, so gut wie abgeschlossen sein, und über die Punkte, auf deren Berücksichtigung die polnische Regierung besonderen Wert legt, ist nach den Ausführungen des Blattes schon Uebereinstimmung erzielt worden.

Die Veranlagung der Vermögenssteuer erfolgt durch die Finanzbehörden I. Instanz an Stelle der bisherigen Schätzungscommissionen unter Hinzuziehung von Sachverständigen, welche die Höhe der Abschätzung bestimmen.

Jeder Zahler wird im eigenen Interesse eine Erklärung abzugeben haben, was ihm beim Veranlagungsverfahren gewisse Privilegien sichern wird. Legt der Zahler keine Erklärung ab, so wird er dafür bestraft, er verliert aber die im Gesetz vorgesehenen weitgehenden Privilegien.

Dem Entwurf nach soll das Vermögen einmal für drei Jahre festgestellt werden und die Steuer in jedem Steuerjahr am 1. April und 1. Oktober des betreffenden Jahres zahlbar sein.

Die erwartete Reform der staatlichen Gewerbesteuer wird nicht erfolgen, so daß das Gesetz über die staatliche Gewerbesteuer weiter in Kraft bleibt.

Von einer Novellisierung hinsichtlich der Teilung der Kategorien für Handelsunternehmen in acht Kategorien und der Aenderung der Kategorien für gewerbliche Unternehmen hört man nichts.

Sollte dies eintreten, so wird dies nur im Wege einer Verordnung und nicht im Wege der Aenderung des ganzen Gesetzes, wie einige Zeitungen berichten, erfolgen.

Wie wir also sehen, kündigt der Finanzminister Czechowicz eine Aenderung unseres Steuersystems an. Wir hatten schon des öfteren Gelegenheit, auf die Notwendigkeit der Reform der Einkommensteuer hinzuweisen, wobei wir den Umstand hervorhoben, daß das Minimum der Besteuerung verhältnismäßig niedrig sei, weswegen diese Steuer nicht die entsprechende Zahl an Steuerzahlern ergreife, so daß die Zahl der Einkommensteuerzahler gegenwärtig weit geringer ist, als vor dem Kriege. Es sind daher die Grundlagen dieser Steuer zu erweitern. Sonderbar ist es aber, daß man über die Reform der wichtigsten, d. h. der Umsatzsteuer, nichts hört. Wenn die Regierung den Weisungen des Professors Kemmerer folgend an die Reform unseres Steuersystems herantritt, so muß sie in erster Linie von der Reform dieser Steuer ausgehen. Keine der Steuern hat Professor Kemmerer so sehr kritisiert, wie gerade die Umsatzsteuer. Unter anderem erklärte er, daß, wenn die Steuer nicht bereits eingeführt wäre, es einen sonderbar anmuten würde, wenn sie jetzt eingeführt werden sollte. Er legte uns einen genauen Vorschlag über die Reform dieser Steuer vor. Er steht auf dem Standpunkt, daß wir eigentlich zwei Gewerbesteuern haben, eine in Form der Lösung von Gewerbesteuern, die andere in Form der Umsatzsteuer, was nichts anderes, als eine Doppelbesteuerung sei. Von dieser Erwägung ausgehend, empfiehlt er die Lösung der Gewerbescheine nur für die kleinsten Unternehmen und die Umsatzsteuer für Unternehmen, die keine

Gewerbescheine lösen. Auf diese Weise würde also kein Unternehmen gleichzeitig die Umsatzsteuer zu zahlen und einen Gewerbeschein zu lösen haben. Ferner empfiehlt er die Einführung einer einheitlichen Steuerskala anstelle der bisherigen Differenzialabgaben. Es handelt sich hier um zwei wesentliche Forderungen, von deren Verwirklichung die Gesundung unserer Verhältnisse abhängt.

Die Umsatzsteuer in der gegenwärtigen Form untergräbt die Existenzfähigkeit, ist vielfältig und von einer solchen Höhe, wie sie nirgends anderwärts zu finden ist.

Der Anfang der Steuerreform müßte von der grundsätzlichen Aenderung der Umsatzsteuer im obigen Sinne ausgehen. Da der Finanzminister von der Reform der Umsatzsteuer nicht ein Wort sagt, herrscht allgemeine Enttäuschung.

Ueber die nicht entsprechende Form der jetzigen Umsatzsteuer besteht nicht der geringste Zweifel. Alle Handelskammern und Wirtschaftsorganisationen wiesen in einer Anzahl von Denkschriften auf deren Anormalität hin, was allerdings bis dahin nicht berücksichtigt wurde. Wenn wir bei der Reform unseres Steuersystems uns auf das Muster des Westens, Frankreichs und Belgiens stützen, so bleibt es unverständlich, warum wir dieses Muster nicht auf die wichtigste Steuer, d. h. die Umsatzsteuer, anwenden, die gewissermaßen die Wirbelsäule des ganzen Systems bildet. In keinem westlichen Staate bestehen Patente und so hohe Umsatzsteuern. In Deutschland setzte man schon lange den Umsatzsteuersatz fast um die Hälfte herab, und die Erfahrung aller Staaten wie auch Polens (z. B. die Herabsetzung des Einkommensteuersatzes im Jahre 1925) lehrt, daß ein hoher Steuersatz keinesfalls hohe Steuereinkünfte sichert, während ein mäßiger Steuersatz immer auf die Erhöhung der Steuereinkünfte einen Einfluß ausübt. Der Finanzminister des Deutschen Reiches begründete die Herabsetzung des Umsatzsteuersatzes damit, daß diese Herabsetzung die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auf den Auslandsmärkten erhöhen, im Inlande aber auf die Herabsetzung der Produktionen und Unterhaltungskosten von Einfluß sein werde. Wir hören dauernd von gewissen Anstrengungen in der Richtung der Erhöhung der Konsumtion auf dem Inlandsmarkte. Diese Anstrengungen werden jedoch so lange vergeblich bleiben, wie wir die Umsatzsteuer in der gegenwärtigen Form aufrecht erhalten werden. Sie verteuert nämlich die Ware im hohen Maße, weswegen sich die Konsumtion absolut nicht steigern kann. Die Reform der Umsatzsteuer ist eine Grundforderung der kaufmännischen Kreise, in erster Linie aber Voraussetzung für die normale Entwicklung des Wirtschaftslebens. Ihre gegenwärtige Form führte die Kaufmannschaft zum völligen Ruin, und mit Recht erwartet man daher, daß die Reform des Steuersystems „in capite“, d. h. am Kopf und erst später „in membris“, d. h. an den Gliedern, beginnen werde.

Dr. L. Lampel.

Wirtschafts-Journalisten-Kongreß in Lwów.

Der Verband polnischer Wirtschaftspublizisten und -journalisten in Warszawa organisiert nach Verständigung mit der Industrie- und Handelskammer in Lwów einen Kongreß aller polnischen Wirtschaftspublizisten und -journalisten, der in Lwów während der Herbstmesse tagen soll. Dieser Kongreß will eine Annäherung zwischen der polnischen Wirtschaftspresse und den Wirtschaftskreisen herbeiführen. Die genaue Festsetzung des Datums und des Programms wird in den nächsten Tagen erfolgen.

Geldwesen und Börse

Börsen- und Geldwoche.

Die Valutasituation unterlag in der vergangenen Woche keinen größeren Änderungen. Der Dollar hielt sich in Privatsätzen in Grenzen von 8,91½—8,91%. Der Devisenkurs auf New-York betrug auch weiterhin 8,93. In der Gruppe europäischer Devisen stieg am Wochenende ziemlich bedeutend Mailand, das seit einer ganzen Reihe von Wochen feste Tendenz hatte. Die italienische Regierung bemüht sich, eine weitere Erhöhung der Lira nicht zuzulassen, jedoch regt der immer größere Zufluß von Kapitalien nach Italien die Spekulation zu einer Erhöhung der italienischen Valuta an. Die englische Devisen hatte auf den ausländischen Märkten ausgesprochen feste Tendenz, obgleich die englische Handelsbilanz im Juli ein Defizit von 37 241 219 Pfund Sterling aufweist. Der Tagesumsatz auf der Warschauer Devisenbörse betrug in der vergangenen Woche zirka 400 000 Dollars. Obgleich der ganze Bedarf ausschließlich durch die Bank Polski gedeckt wurde, konnte diese trotz des starken Abflusses ihre Valutavorräte bedeutend vergrößern, die am 10. August die Summe von 222 923 575 Złoty erreichten. Auf dem Aktienmarkt herrschte Anfang der Woche starke Tendenz. Alle Papiere, besonders die Bank Polski, Starachowice und die Aktien der elektrischen Gruppen wurden sehr stark gefragt. Ende der Woche jedoch erfolgte infolge Realisierung der Gewinne von Seiten der Spekulation eine allgemeine Ermäßigung. Am letzten Tage der Berichtswoche wurde notiert: Bank Polski 139, Bank Diskontowy 132, Bank Handlowy 132, Bank Związku Spolek Zarobkowych 85, Zucker 4,65, Nobel 42,25, Kohle 93, Cegielski 40, Modrzew 8,90, Lilpop 29, Ostrowiec 89, Rudzki 58,50, Starachowice 61,25, Zawiercie 37,50, Żyrardów 18,50, Borkowski 3,30.

Gesteigerte Börsentätigkeit.

Der gesamte Geldumsatz an der Warschauer Börse hat im ersten Halbjahr 1927 661 917 000 gegen 202 962 200 Złoty im ersten Halbjahr 1926 betragen.

Polnisch-Danziger Eisenkonzern A.-G. in Danzig.

Die Polnisch-Danziger Eisenkonzern A.-G., Danzig, erzielte im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Reingewinn von 38 690 G., woraus eine Dividende von 5 pCt. verteilt wird. In der Bilanz stehen bei einem Aktienkapital von 700 000 G. Debitoren in Höhe von 288 462 G. die Kreditoren mit 16 385 G. gegenüber. Die Beteiligungen sind mit 483 483 G. bewertet. Bekanntlich wurde im vergangenen Jahre eine Herabsetzung des Aktienkapitals im Verhältnis von 3:1 auf 700 000 Gulden vorgenommen, da durch die Neubewertung der Beteiligungen am polnischen Besitz der Gesellschaft in der Bilanz per 31. Dezember 1925 ein Verlust von 1,4 Mill. Gulden ausgewiesen werden mußte.

Einfuhr/Ausfuhr/Verkehr

Organisation des Nagel- und Drahtexportes nach dem Ausland.

Der Export polnischer Nägel und polnischen Drahtes nach dem Ausland ist unbedingt sehr aktuell. Die Durchführung dieses Exportes in einem größeren Umfang stößt jedoch auf große Schwierigkeiten infolge Mangels einer entsprechenden Organisation, die die Angelegenheit durchführen könnte. Die Organisation dieses Exportes ist nur bei einer planmäßigen Aktion aller Nagel- und Drahtfabriken möglich. Die Preise sind im Ausland bedeutend niedriger, als auf dem inländischen Markt, sodaß die Konkurrenz des polnischen Produktes nur bei einer einheitlichen Tätigkeit möglich ist. Die polnischen Fabriken beabsichtigen somit die Organisation eines eigenen Syndikates. Schon seit längerer Zeit werden in dieser Angelegenheit Verhandlungen geführt. Ein endgültiges Ergebnis ist Ende des laufenden Monats zu erwarten. Die Preise auf dem Nagel- und Drahtmarkt sind unverändert.

Vergrößerung des Einfuhrkontingents für Gummischuhe aus Finnland.

Das Ministerium für Industrie und Handel hat das Einfuhrkontingent für Gummischuhe aus Finnland ziemlich bedeutend vergrößert.

Lieferung für die französische Okkupationsarmee im Ruhrgebiet.

Das polnische Konsulat in Köln benachrichtigte die Industrie- und Handelskammer in Kraków, daß die französische Okkupationsarmee im Ruhrgebiet großen Bedarf an Bohnen, Erbsen, Zucker, Heu, Stroh, Hafer und Kartoffeln habe. Die polnischen Exporteure können nähere Information in der französischen Generalintendantur (Intendance Générale des armées francaises du Rhin à Nayence) einholen.

Projekt einer neuen Eisenbahnlinie.

In Katowice werden gegenwärtig Verhandlungen zwischen der Güterverwaltung des Grafen Zamoyski und der Wojewodschaft Schlesien bezüglich Baus einer neuen Eisenbahnlinie, die Zakopane mit Bystra in Schlesien verbinden soll, geführt. Die Wojewodschaft Schlesien interessiert sich sehr für den Bau dieser neuen Eisenbahnlinie und zwar infolge dauernden Bedarfs nach Granitsteinen aus der Tatra und sie hat eine materielle Hilfe in Höhe von 1½ Millionen Złoty zugesichert.

Finanzministerium und -Behörden gegen die Urteile des Allerhöchsten Gerichts (Sąd Najwyższy).

Mitte Juli cr. erließ das Finanzministerium ein Rundschreiben, daß durch den Viceminister Góra unterschrieben war. In diesem Rundschreiben sagt das Finanzministerium, daß die Gerichtsurteile, die die obligatorische Lösung der Patente betreffen, für die Finanzbehörden ohne jede Bedeutung sind und die Finanzbehörden nicht binden dürften, und daß trotz dieser Urteile die Abgaben für Gewerbesteine entsprechend der Strafentscheidung einzuziehen seien, selbst wenn diese durch die Gerichte aufgehoben sein sollten.

Gleichzeitig sollte sich das Finanzministerium, — wie das Rundschreiben besagt, — an den Justizminister gewandt haben, damit dieser die Gerichte belehre, daß sie kein Recht zum Erlaß von Urteilen betr. Geldstrafen, sowie die Verpflichtung zur Lösung der Patente hätten.

Es ist zu bemerken, daß sich die Sache u. a. auf eine angefochtene Geldstrafe eines Kaufmanns bezieht, die bis zum Allerhöchsten Gericht ging. Das Finanzministerium hat trotz der Entscheidung des Allerhöchsten Gerichts den Aemtern befohlen, die Gerichtsurteile nicht zu berücksichtigen.

Das Rundschreiben rief in Rechts- und Wirtschaftskreisen ein berechtigtes Staunen hervor, da noch keine Behörde in Polen sich so sehr zur Nichtanerkennung der Urteile des Allerhöchsten Gerichts bekannte, wie dies in dem vorliegenden, durch den Viceminister Góra unterschriebenen Rundschreiben der Fall ist.

Wir bemerken unsererseits, daß man noch mehr Beispiele einer derartigen Uebergang der Gerichtsurteile durch die Finanzbehörden anführen könnte, wollen hier aber nur die Urteile des Wojewodschaftsgerichtshofes in Sachen der Schankkonzessionen anführen. Aus den s. Zt. veröffentlichten Urteilen geht es hervor, daß zur Erteilung der Schankkonzessionen gemäß der noch geltenden deutschen Gewerbeordnung die Kreis-ausschüsse und nicht die Finanzkammern (Finanzausschuß) zuständig sind. Trotz der in diesem Sinne erlassenen Urteile gingen die Finanzbehörden bzw. der Finanzausschuß über diese zur Tagesordnung über und erteilten die Schankkonzessionen weiter. Das wichtigste hierbei ist aber der Umstand, daß die Kreisbehörden bzw. Kreis-ausschüsse sich auf die deutsche Gewerbeordnung bzw. das Ortsstatut berufen und von den durch sie nicht erteilten Konzessionen Steuern erheben.

Es ist selbstverständlich, daß die Gerichtsurteile eine feste Grundlage darstellen und respektiert werden müssen. Im anderen Falle wird nämlich eine gewisse Rechtsunsicherheit geschaffen, was unter allen Umständen vermieden werden muß.

Dr. L. L.

Anlässlich der
VII. Ost-Messe in Lwów
(4. bis 15. September 1927)
gelangt eine
polnisch-deutsche SONDER-NUMMER
der „Wirtschaftskorrespondenz für Polen“ in bedeutend verstärkter Auflage zur Ausgabe. Kostenlose Verteilung an alle Aussteller und Besucher auf dem Messegelände.
Inseraten-Aufnahme bis Mittwoch, den 31. d. Mts.

Inld. Märkte u. Industrien

Erhöhung der Kohlenpreise?

In den Kohlenindustriellen nahestehenden Kreisen wird von der Möglichkeit einer Erhöhung der Kohlenpreise in den nächsten Wochen gesprochen. Wann die Industriellen mit der Proposition hervortreten wollen und wie hoch die Erhöhung sein soll, ist sehr schwer festzustellen, da die Verhandlungen über dieses Thema im Kreise der Industriellen geheim geführt werden. Tatsache ist es, daß die Kohlenindustriellen schon seit längerer Zeit über die sehr niedrigen Preise klagen und den am 20. Juli 1926 festgesetzten Tarif als unhaltbar, mit Rücksicht auf das Steigen der Produktionskosten, betrachten.

Zweigniederlassung der Danziger Werft in Gdingen?

Die Danziger Werft beabsichtigt, laut „B. T.“, in Gdingen eine Schiffsreparaturwerft einzurichten. Jedoch sind die hierüber mit der polnischen Regierung geführten Verhandlungen, insbesondere über die Form, in welcher die neue Gesellschaft errichtet werden soll, bisher noch nicht zum Abschluß gelangt. Dem Vernehmen nach legt die polnische Regierung Wert darauf, daß an der projektierten Werft in Gdingen außer der Danziger Werft auch einige polnische Unternehmungen (darunter die Vereinigte Königs- und Laurahütte, beteiligt werden.

Jahresbericht der Königs- und Laurahütte Sp. A.

Die im Juli 1926 gegründete Königs- und Laurahütte Sp. A. veröffentlicht ihren ersten Jahresbericht. Danach traten als Gründer der Gesellschaft auf die Vereinigte Königs- und Laurahütte in Berlin, Fürst Stanislaw Lubomirski in Warszawa, Friedrich Weinmann in Aussig, der frühere Minister Stefan Przanowski in Warszawa und der Bevollmächtigte des Grafen Alfred Potocki in Lancucie, Dr. Pawel Horain. Das Gründungskapital betrug 50 Mill. Złoty. Die Gesellschaft übernahm alle auf dem Boden der Republik Polen gelegenen Objekte und die bestehenden Rechte der Gesellschaft Vereinigte Königs- und Laurahütte. Im Vergleich zum Jahre 1925 wuchs die Steinkohlenförderung um 14,2 pCt., der Verkauf um 31,1 pCt. Der Absatz der Hüttenprodukte an das Syndikat betrug 349 315 T. Der Wert des beweglichen und unbeweglichen Vermögens wurde in der Bilanz auf 46 489 736 Złoty festgesetzt. Der Reingewinn des Unternehmens betrug 1 188 254,70 Złoty, wovon 640 238 Złoty dem Reservefonds überwiesen und 548 016,70 Złoty auf neue Rechnung vorgetragen wurden. Im Jahre 1926 wurden von der Gesellschaft 3 608 738,20 Złoty Steuern bezahlt und für soziale Wohlfahrtszwecke 3 917 649,43 Złoty verausgabt. Der

Bruttowert der berg- und hüttenmännischen Produktion betrug 93 488 777,45 Złoty.

Einrichtung einer ersten Sensenfabrik in Polen.

In der nächsten Zeit soll mit den Investitionsarbeiten zur Gründung einer ersten Sensenfabrik begonnen werden. Diese wird in Oberschlesien als eine Filiale der Vereinigten Königs- und Laurahütte bestehen. Die Fabrik wird mit Sensen nicht nur ganz Polen versehen, sondern auch höchstwahrscheinlich ihre Tätigkeit auf die Balkanmärkte ausdehnen.

Einigung zwischen polnischen und czechoslovakischen Emaillwarenfabriken.

Am 12. d. Mts. fand in der Vereinigung polnischer Emaillwarenfabriken eine Konferenz der Vertreter polnischer und czechoslovakischer Guß- und Emaillindustrie statt, an der insgesamt 20 Personen teilnahmen. Thema der Verhandlungen war die Aufnahme einer gemeinschaftlichen Aktion, um den Handel mit Guß- und Emaillgefäßen auf den Balkanmärkten, d. i. Rumänien, Jugoslawien usw. wie auch auf den nordöstlichen europäischen Märkten zu regeln. Besonders der rumänische Markt wurde seit langem durch die czechoslovakischen Erzeugnisse beherrscht. Seit Anfang des Jahres 1926 begann sich jedoch die Situation zu ändern, und die polnische Ware verdrängte in bedeutendem Umfange die czechoslovakischen Erzeugnisse. Dadurch wurde eine sehr starke Konkurrenz entwickelt, die direkt katastrophal in ihren Folgen gegenüber dem Bedarf einer dauernden Preisermäßigung wirkte. Es wurde nun anerkannt, daß die einzige Rettung aus dieser fatalen Situation, in der sich viele polnische und czechoslovakische Fabriken befinden, eine gegenseitige Verständigung ist. Als Ergebnis langer Debatten wurde entschieden, daß beide Parteien ungefähr die gleichen Warenmengen importieren sollen. Es wurde u. a. festgestellt, daß die polnische Guß- wie auch Emaillwareindustrie hinsichtlich der Qualität erfolgreich mit der czechoslovakischen konkurrieren kann. Schließlich wurde beschlossen, die ab 1. d. Mts. einlaufenden Bestellungen auf Konto der festgesetzten Summe zu rechnen. Durch dieses am 12. d. Mts. abgeschlossene Abkommen wird jede in ihren Folgen gefährliche Konkurrenz ausgeschaltet. Die Balkanmärkte haben eine sehr große Bedeutung für die polnischen Exporteure. Allein Rumänien muß ca. 200 Waggons Emaillwaren jährlich einführen, wobei die Hälfte dieses Kontingents Polen zufällt. Im Zusammenhang damit eröffnet der Verband polnischer Guß- und Emaillwarenfabriken in Bukarest eine Kontrollfiliale.

Im Zusammenhange damit wurde, wie von uns bereits berichtet, ein Verband polnischer Guß- und Emaillwarenfabriken in Polen gegründet. Alle diesem angehörenden Fabriken werden sich von einer direkten Annahme und Bestellungen auf Eisen- und Emaillwaren zurückhalten. Diese Angelegenheit wird von nun ab lediglich vom Verband erledigt.

Ermäßigung der Superphosphatpreise.

Die Superphosphatfabriken haben beschlossen, die Preise bei Wagenladungen abermals zu ermäßigen. Der neue Preis beträgt franko Station Tczew 12,96 Złoty bei Abnahme bis zum 31. August cr., 13,12 Złoty bei Abnahme nach dem 1. September. Firmen, die in letzter Zeit Superphosphate zu höherem Preise gekauft haben, müssen von ihrer Lieferfirma eine entsprechende Reduktion der Preise fordern.

Die polnische Kaliproduktion im ersten Halbjahr 1927.

Die Gesamtproduktion an Kalisalzen in Polen betrug im ersten Halbjahr 1927 137 807 Tonnen, wovon 87 557 t auf die Grube in Kalisz und 50 250 t auf Stebnik entfallen. An Kainit wurden 71 990, an Sylvinit 75 817 t gefördert. Verglichen mit dem ersten Halbjahr 1926 wuchs die Gesamtproduktion um 38 208 t oder, in Prozenten ausgedrückt, um 38,3 Prozent an. Der Gesamtumsatz betrug 116 033 t, wovon das Inland 108 046 t aufnahm, während 7987 t exportiert wurden. Verglichen mit dem gleichen Zeitraum 1926 erhöhte sich der Gesamtumsatz um 18 479 t, wobei allerdings der Export eine Verminderung von 3728 t aufweist. Der inländische Konsum an Kalisalzen in diesem Zeitraum betrug 159 242 t, weist also gegenüber dem Vorjahre ein bemerkenswertes Ansteigen von 62 469 t

auf. Ein Großteil des verstärkten Konsums wurde allerdings durch Import von Kalisalzen bestritten, die im ersten Halbjahr 1927 51 196 t erreichten, was gegenüber dem Vorjahre eine Zunahme von 40 262 t bedeutet.

Vom Lodzer Baumwollmarkt.

Die vergangene Woche gestaltete sich auf dem Lodzer Baumwollwarenmarkt weit günstiger als die vorhergehende. Es wurde ein bedeutender Bedarf, besonders an speziellen Warengattungen für den Winter notiert. Nach Ansicht der Kaufleute könnten bedeutend mehr Transaktionen getätigt werden, wenn nicht die gegenwärtige Vorsichtspolitik, die die Industriellen bei Erteilung von Kredit anwenden, bestehen würde. Obgleich Rohbaumwolle innerhalb der letzten Woche im Preis ganz bedeutend gestiegen ist, hat dies auf die Erhöhung der Preise für fertige Baumwollwaren vorläufig keinen Einfluß genommen.

Die Lodzer Industrie beschränkt die Wechseltransaktionen.

In den letzten Tagen haben die Lodzer Textilindustriellen eine ganze Reihe von Konferenzen abgehalten, um über die Verhältnisse, die auf dem Lodzer Markt im Bereich des Verkaufs herrschen, zu verhandeln, da die Festsetzung einheitlicher Verkaufsbedingungen infolge der zahlreichen Proteste und Massenbankerotte kaufmännischer Firmen unbedingt notwendig ist. In der Diskussion wurde unterstrichen, daß die Anwendung weitgehender Vorsicht beim Verkauf mit Rücksicht auf die zahlreichen Wechselproteste- und Bankerotte, die der Industrie großen Schaden zufügen, sehr am Platze sei. Es wurde beschlossen, daß Wechsel in einem größeren Termin als zwei Monate oder 70 Tage nicht anzunehmen sind, und nur noch von Firmen, die in jeder Hinsicht einwandfrei sind. Auf diese Weise strebt die Lodzer Textilindustrie zur Sanierung der Verhältnisse auf dem Textilmarkt.

Ausbau der Tomaszower Kunstseidefabrik.

Der Ausbau obengenannter Fabrik geht seinem Ende entgegen und wird in einem sehr schnellen Tempo geführt. Bei den Bauarbeiten sind ca. 100 Arbeiter beschäftigt; die Arbeiten sollen im nächsten Monat beendet werden. Die Instandsetzung neuer Abteilungen wird schon im Herbst erwartet, sodaß auf diese Weise die Produktion verdoppelt werden dürfte. Gleichzeitig damit vergrößert die Kunstseidefabrik ihr Gründungskapital von 4 500 000 Zl. auf 19 500 000 Zl. im Wege einer neuen Aktienemission zum Emissionspreise von 34,50 Zl. pro Stück.

Blind greift jede Frau nach



Lukaschik's
Toiletteseifen

Vom Hopfenmarkt.

Die Situation auf dem Hopfenmarkt ist ruhig. Hopfen früherer Ernte ist erschöpft, sodaß sich ein Mangel an Transaktionen bemerkbar macht. Die neue Hopfenpflanze entwickelt sich sehr gut infolge der letzten eingetretenen Kühlung der Temperatur, was einen günstigen Einfluß auf die Entwicklung der Planze ausübt. Ähnliche Meldungen kommen auch aus dem Auslande, in erster Linie aus dem Mutterlande des Hopfens, der Tschechoslowakei. Polen wird dieses Jahr eine Mehrproduktion von ca. 30 Prozent haben. Die Ernte beginnt Ende des Monats August.

Chapman auch in Warszawa abgelehnt.

Wie der „Vossischen Zeitung“ aus Warszawa gemeldet wird, ist die Chapman-Gruppe jetzt auch dort mit ihrem neuen Angebot für mehrere tausend Kleinwohnungen ausgeschaltet worden. Bis zum 15. erwartete man das persönliche Eintreffen des Direktors Howard von der Firma Chapman, der mündliche Ergänzungen des schriftlichen Angebots an den Warschauer Magistrat geben wollte. Howard ist nicht eingetroffen und hat auch keinen Vertreter geschickt oder schriftlich von sich hören lassen. Da das vorgelegte Angebot weder klar noch den Wünschen der Stadt Warszawa entsprechend ist, hat jetzt der Magistrat Verhandlungen mit einer anderen Gruppe von Baufirmen begonnen.

Weltwirtschaft

AMERIKA.

Als Zeichen des Protestes gegen die schmähliche Vollstreckung des Schandurteils an Sacco und Vanzetti bringen wir keine Berichte über Amerika.

Im Anschluß an zahlreiche telephonische Anfragen teilen wir mit, daß ein amerikanisches Konsulat in Katowice sich nicht befindet.

DEUTSCHLAND.

Der deutsche Außenhandel im Juli.

Nach amtlichen Angaben zeigt der deutsche Außenhandel im Juli im reinen Warenverkehr einen Einfuhrüberschuß von 430 Millionen Rm. gegen 449 Millionen Rm. im Vormonat.

OESTERREICH.

Oesterreichischer Brief.

Wien, 15. August 1927.

So heiße Hundstage wie heuer, haben wir schon lange nicht gehabt. Dafür können wir infolge des anhaltenden Schönwetters eine lebhaftere Bautätigkeit beobachten, die sich hauptsächlich in der Vermehrung der Arbeiten für industrielle Bauten äußert. Meistenteils handelt es sich allerdings nur um Zu- und Umbauten kleineren Stils, wobei die alljährlichen Hauptreparaturen inbegriffen sind. Die Wohnbautätigkeit ist gleichgeblieben, in manchen Landeshauptstädten, wie z. B. in Salzburg scheint eine geringe Belebung eingetreten zu sein.

Erfreulicherweise können wir auch ein starkes Ansteigen des Benzinabsatzes in Oesterreich konstatieren, (seit 1926 um 40 Prozent) welcher Umstand einerseits mit der Steigerung des Autoverkehrs, andererseits mit der infolge des Fremdenzustromes erhöhten Anzahl ausländischer Automobilisten im Zusammenhang steht. Der österreichische Benzinverbrauch dürfte gegenwärtig dem Benzinabsatz der C. S. R. entsprechen und etwa ein Zwanzigstel des deutschen Konsums betragen.

Der Petroleumabsatz zeigt in Oesterreich trotz geringer Verwendung zu Beleuchtungszwecken keine Verminderung, da die Heranziehung zum Betrieb von Traktoren gestiegen ist. Die Verwendung als Heizungsmitte fällt fast ganz, da hier derzeit ein Ueberangebot an Kohle besteht und namentlich fremde Kohlenexporteure derzeit mit billigen Offerten auf dem Markte sind. Zwar soll, wie es heißt, fremde Kohle im Herbst teurer werden, doch ist hierüber noch nichts näheres bekannt. Laut Statistik betrug die Kohlenförderung Oesterreichs im ersten Halbjahr 1927 15 444 560 Meterzentner gegenüber 15 069 250 im ersten Halbjahr 1926.

Es wird damit gerechnet, daß die im Zug befindliche Aktion dem heimischen Bergbau bald einen verstärkten Absatz bringen wird und daß wenigstens jene Verbraucher, die ohne besondere Investitionen statt fremder Steinkohle heimische Braunkohle verwenden können, die Inlandskohle stärker als bisher verwenden werden. Es läge dies auch im Interesse der Gesamtwirtschaft, zumal die österreichische Kohleneinfuhr die Zahlungsbilanz bisher sehr empfindlich belastet hat.

Die offiziellen Schätzungen bestätigen im allgemeinen die Annahme, daß wir in Oesterreich heuer eine besonders günstige Ernte erwarten dürfen. Mit Ausnahme von Roggen ist der Ertrag der Hauptgetreidearten durchwegs höher veranschlagt als im Vorjahr. Die Ernte im Winterweizen wird auf 2,6 Millionen gegen 2,4 Millionen Meterzentner im Jahre 1926 geschätzt, in Roggen auf 4,54 (4,57), in Wintergerste auf 150 000 (130 000), in Sommergerste auf 2 050 000 (1 840 000). Infolge des günstigen Wetters, das bei den Einheitsungsarbeiten herrschte, kann man annehmen, daß der tatsächliche Ertrag die vorsichtige Regierungsschätzung übertreffen dürfte, wobei hervorgehoben werden kann, daß die Qualitäten ganz besonders gut geraten sind. Das Geschäft auf dem Wiener Platz erstreckt sich in erster Reihe auf Mais und Braugerste, während das Mehlgeschäft weniger befriedigend ist und im Vordergrund des Interesses nur billigere Mehlmarken stehen.

ENGLAND.

Ermäßigung der Eisenpreise.

Die Verwaltung der Eisenhütten im Cleveland in der Grafschaft York ermäßigte die Preise des für den Export bestimmten Eisens um 2½ Schilling pro Tonne. Der Preis beträgt somit 60½ Schilling pro Tonne. Bei Abnahme über 500 Tonnen wird ein weiterer Rabatt in Höhe von 2½ Schilling pro Tonne erteilt. Diese Ermäßigung der Preise wurde im Zusammenhange mit den englischen Bestrebungen, die verlorenen Märkte wieder zu erlangen, eingeführt.

RUSSLAND.

Wirtschaftliche Annäherung Amerikas an Rußland.

Vor einigen Tagen wurde, wie die Wiener „Neue Freie Presse“ meldet, in Batum eine von der amerikanischen Standard Oil Company erbaute Petroleumraffinerie in Betrieb genommen. Die Raffinerie hat eine Leistungsfähigkeit von 1500 Tonnen per Tag.

Zum erstenmal seit dem Jahre 1914 sind amerikanische Handelsschiffe wieder in Häfen des Schwarzen Meeres gelandet.

CHINA.

Einführung eines neuen Zolltarifs.

Der neue chinesische Zolltarif, der durch die Regierung in Nanking bearbeitet wurde, ist seit 1. August cr. in Kraft getreten. Auf Grund des neuen Tarifs unterliegen Luxuswaren erhöhten Zollsätzen in Höhe von 15—20% ihres Wertes. Die größten Zollsätze werden beim Import von Alkoholgetränken und Tabak angewandt. Diese betragen 57,5% des Wertes.

Internationaler Getreidemarktbericht.

der Firma L. Rübstein, Getreidegroßhandlung, Olmütz.

Amerika: Im Wochenlaufe haben die amerikanischen Börsen fortgesetzt feste Tendenzen zu verzeichnen gehabt. Die Kabelmeldungen brachten keine sichhaltigen Ursachen dieser Preisbewegung. Man spricht über Rostbrandschäden in den Nordstaaten, über Frostschäden in Canada etc. Der genaue Beobachter kann sich der Ansicht nicht verschließen, daß diese Meldungen nur eine Basis für die Spekulation ohne jede Ursachen sind. Zu geben muß werden, daß die europäische Kaufkraft fast



Die Leipziger Messe

28. August bis 3. Sept. 1927

ist der günstigste Einkaufsplatz der Welt und die größte Muster-schau Europas. Mehr als 1600 Warengruppen aller Branchen sind vertreten. 10 000 Aussteller aus 21 Ländern stellen das Beste und Vollkommenste zur Schau. Verlangen Sie nähere Auskünfte vom ehrenamtlichen Vertreter für Polnisch-Oberschl. Alfred Erbs Katowice, ulica Mickiewicza 4, Telefon Nr. 358, oder direkt vom

Leipziger Messamt, Leipzig.

auf Null gesunken ist, nachdem die europäische Ernte allgemein befriedigt. Die Schätzungen von 300 Millionen Bushel gegen 274 amtlich vor einem Monat und 250 endgültig im Vorjahr und 250 Millionen durchschnittlich für die letzten fünf Jahre genommen, ist der beste Beweis, daß Amerikas Ernte einen Rekord bedeutet und die Vorräte eine haussierende Tendenz gar nicht begründen.

Australien: Da man in Europa mehr oder weniger an dem Konsum von australischem Weizen beteiligt ist, sei hier darauf hingewiesen, daß die Berichte über die australische Ernte ganz ausgezeichnet sind. Man rechnet hier mit einem großen Exportüberschuß, dessen Bedeutung für die interessierenden Kreise nicht verkannt werden darf.

Rußland: Dieses Land tritt in die neue Getreidekampagne fast ohne Vorräte, und es war deshalb sehr willkommen, daß die Getreideernte mit einer reichlich zwei Wochen bemessenen Verfrühung eingesetzt hat. Ueber den Ernteerfolg lassen sich keine verlässlichen Schlüsse ziehen. Gutes Erntewetter begünstigte die Erntearbeiten und das Getreide ist auch bei günstigen Witterungsverhältnissen herangereift, sodaß man wohl mit einer guten Ernte rechnen kann. Die nächste Zeit wird es schon zeigen, ob Rußland als Getreide-Exporteur in der heurigen Getreide-Kampagne auf den Markt kommt.

Rumänien: Die Druscharbeiten sind in den südlichen Landesteilen vollendet. Die Weizenfechtung zeitigt nicht solche Ergebnisse, wie man erwartet hat. Qualitativ ist Weizen sehr gut geraten, doch wird strichweise über schmale Schüttung geklagt. Aus den bessarabischen Gebieten wird Dürre gemeldet. Der Mais reift zu schnell heran und die Kolbenbildung ist durch das trockene Wetter stark beeinträchtigt. Die Maispreise sind in der abgelaufenen Berichtswoche ganz enorm in die Höhe gegangen. Kleinmais, der Ende voriger Woch 118 Kc notierte, wurde zum Preise von 126 Kc. ab Petrowitz abgesetzt.

Jugoslawien: Laut Nachrichten der Belgrader Handelskammer sind die Ernteaussichten im heurigen Jahre sehr ungünstig. Der Ernteertrag an Weizen soll um 30% geringer sein als im Vorjahr und dürfte kaum zur Deckung der inländischen Bedürfnisse reichen. Die Dürre hat den Feldfrüchten sehr geschadet. Man schätzt, daß die Maisernte um nahezu 50% schwächer sein wird, als im vorigen Jahre. In machen Gegenden soll der Ertrag kaum den Samen einbringen.

Oesterreich: Zufolge der amerikanischen Anregung sind die Getreidepreise in der abgelaufenen Berichtswoche hinaufgegangen, hauptsächlich auch deshalb, weil erständige ungarische Offerten spärlich vorliegen. Aus Rumänien und Jugoslawien fehlen solche fast ganz.

Czechoslovakien: Sämtliche czechoslovakischen Börsen wiesen in abgelaufener Berichtswoche lebhaften Besuch auf. Von einem namhaften Geschäft ist aber nicht zu sprechen. Die Besuche dienten meist informativen Zwecken. Die Getreidekonsumenten halten sich für größere Transaktionen sehr reserviert, nachdem begründetes Mißtrauen gegen die jetzigen Hochpreise herrscht. — Wenn aus der alten Ernte auch keine bedeutenden Vorräte in die neue Kampagne herübergegangen sind, so ist das Angebot an neuem, prompt lieferbaren Getreide sehr groß. Die Preise weisen nach genauer Beurteilung keine nennenswerten Aenderungen gegen die Zeiten, in denen die Vorräte aus alter Ernte zur Neige gingen auf. Der Bauer ist heute mit Feld- und Druscharbeiten so stark beschäftigt, daß große Partien noch nicht auf den Markt kommen und man darf der Hoffnung Glauben geben, daß bei stärkerem Angebot, welches im Laufe des nächsten Monats zu erwarten ist, die Preise die heutige Höhe kaum halten werden.

Ein lebhaftes Geschäft entwickelte sich auf dem Maismarkte. Fast ausnahmslos wurde zweihändige Ware gehandelt. Die erste Hand bietet ihre Vorräte zu

Wärmeschutz- Isolierungen - Kälteschutz

F. W. WELTZ

Kröl. Huta

Telefon 496 - - - - Schließfach 100

von Dampf-Rohrleitungen, -Kesseln, -Cylindern, -Speichern und -Behältern, Heizungsanlagen usw.

von Kältemaschinen, Eiskellern, Kühlräumen, Eisschränken, Gefrieranlagen usw.

Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

